

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Kurt Gscheidle MdB,
Bundesverkehrsminister,
zieht eine Zwischenbilanz,
der seit 1976 eingeleiteten
Maßnahmen.

Seite 1-3

Klaus Matthiesen MdL
kündigt an, daß die
Anti-NDR-Kampagne der
CDU ein sozialdemokratisches
Wahlkampfthema
sein wird.

Seite 4/5

Gert Weisskirchen MdB
bezeichnet die Argumente,
mit denen sich Filbinger
verteidigen läßt, als makaber
und fragwürdig.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 143

28. Juli 1978

Produktivitätshemmende Strukturen abbauen

Sanierung der Bundesbahn ist eine langfristige Aufgabe

Von Kurt Gscheidle MdB
Bundesminister für Verkehr

Bei einem Rückblick kurz vor Ablauf der Halbzeit der 8. Legislaturperiode sind es vor allem zwei Themen, die die verkehrspolitische Arbeit in diesem Zeitabschnitt ganz entscheidend bestimmt haben.

Die Verkehrspolitik war im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik einer der wesentlichen Motoren für die Entwicklung der Investitionen. Dies wird deutlich an den Entscheidungen über die

- Fortschreibung des Koordinierten Investitionsprogramms für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 1985,
- Steigerung der Investitionszuschüsse für die Deutsche Bundesbahn in 1977 und 1978 und in der Finanzplanung bis 1982 zum Ausbau eines leistungsfähigen Netzes und
- der kontinuierlichen Fortsetzung der Investitionen im Straßenbau im Rahmen des 2. Fünfjahresplanes.

Mit der Verabschiedung des Koordinierten Investitionsprogramms für die Bundesverkehrswege wurde eine Leitlinie für den längerfristigen Ausbau der Bundesverkehrswege erreicht, die

- das voraussichtliche Volumen der Investitionen im Verkehrshaushalt bis 1985,
- die Verteilung der Investitionen auf Schiene, Straße, Wasserstraße und Luft,
- als Rangfolge der Projekte bis 1985 bei möglichst wirksamer Einsatz der Finanzmittel und
- die weitgehende Vermeidung von Parallelplanungen regelt.

Das Koordinierte Investitionsprogramm hat die Verkehrswegeinvestitionen nach wissenschaftlichen Methoden strukturiert, wobei insbesondere folgende Vorgaben berücksichtigt wurden:

- Unter Beachtung gesamt- und regionalwirtschaftlicher Kriterien die Substanzerhaltung, der Umweltschutz und die Entlastung von Gemeinden und Städten vom durchgehenden Verkehr im Bundesfernstraßenbau und
- die Verbesserung der Infrastruktur und Ertragslage der Deutschen Bundesbahn durch Investitionen in ihr Streckennetz.

Über diese - man möchte fast sagen - üblichen Verkehrsinvestitionen hinaus wurden im Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung im Jahre 1977 weitere wesentliche Maßnahmen vorbereitet, verabschiedet und an Unternehmen vergeben. Insgesamt werden jetzt zur Förderung des Wachstums und Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Verkehrsbereich zusätzlich rund 3,7 Milliarden DM investiert. Dieses Geld dient Verbesserungen im Verkehrssystem vordringlich der Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Der 2. verkehrspolitische Schwerpunkt in dieser Zeit war ohne Zweifel das Thema "Sanierung der Deutschen Bundesbahn".

Mit den Zielvorgaben begann 1974 eine verstärkte Rationalisierung. Vor einem Jahr beschloß das Bundeskabinett den Leistungsauftrag für den Vorstand der Deutschen Bundesbahn. Ziel dieses Leistungsauftrages ist es, die Bahn aus der Mentalität des öffentlichen Verwaltungsdenkens herauszuführen und sie hin zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zu lenken.

Zielvorgaben und Leistungsauftrag hatten ohne Zweifel Erfolg. Bis Ende 1977 konnte der Personalbestand um rund 50.000 Beschäftigte gesenkt werden. Das bedeutete eine jährliche Reduzierung der Personalkosten um zwei Milliarden DM und der Sachkosten um rund 500 Millionen DM. Die ergriffenen Maßnahmen führten zwar zu einer relativen Stabilisierung der Wirtschafts- und Finanzlage der Bundesbahn, konnten aber eine Änderung des Trends nicht herbeiführen. Dies und die Tatsache, daß unsere Konzeption geänderten Daten und Bedingungen immer flexibel angepaßt werden muß, haben dazu geführt, daß am 14. Juni 1978 dem Kabinett über "Entwicklungstendenzen der Deutschen Bundesbahn im Rahmen der Verkehrs- und Finanzpolitik" berichtet wurde.

Ein wesentlicher Punkt dieses Berichts befaßt sich mit den sogenannten produktivitätshemmenden Strukturen bei der Deutschen Bundesbahn. Ein neuer Anlauf zum Abbau produktivitätshemmender Strukturen könnte, nach meiner Meinung und der vieler Fachleute, durch eine reale Trennung von Fahrweg und Betrieb verwirklicht werden. Das Kabinett

hat den Auftrag gegeben, bis 1979 unter Berücksichtigung organisatorischer, betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Auswirkungen, Modelle zur Trennung von Fahrweg und Betrieb der Deutschen Bundesbahn vorzulegen.

Es ist keine Frage, daß dieser an sich nicht neue Vorschlag eine ganze Reihe schwerwiegender Probleme aufwerfen wird. Die Bundesbahn wird unbeschadet von der Diskussion um den Abbau produktivitätshemmender Strukturen alle Anstrengungen zu unternehmen haben, um die heute schon gegebenen Möglichkeiten, sich als Wirtschaftsunternehmen am Markt zu betätigen, auszunutzen.

In diesen beiden Themen erschöpfen sich die Aktivitäten der Verkehrspolitik natürlich nicht, sie sind, wie gesagt, Schwerpunkte der letzten Monate gewesen. Dies wird sicherlich sofort klar, wenn ich nur beispielhaft an die Erfolge bei der Reduzierung der gefährlichen Begegnungen im Luftverkehr oder an die Einbringung des Verkehrslärmschutzgesetzes oder an die Einleitung von Gesprächen zur Lösung der Probleme im Ost-West-Verkehr erinnere. Versuchen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Art Zwischenbilanz, so ist festzustellen: Die Verkehrspolitik dieser Bundesregierung war ohne Zweifel erfolgreich, wenn es auch nicht gelungen ist, alle offenen Probleme zu lösen. Bei letzteren ist insbesondere das Thema Bundesbahn zu nennen.

Im Übrigen ist dieses auch nicht kurzfristig lösbar. Wer 20 Jahre lang zugehen hat, daß sich der Verkehr so entwickelt, der kann nicht annehmen, daß sich dies in fünf Jahren wieder zurückdrehen läßt. Hier geht es um langfristige strukturelle Anpassungsprozesse, und wir werden uns daran gewöhnen müssen, auch in etwas größeren Zeiträumen zu denken.

(-/28.7.1978/bgy/10)

+ + +

Nicht konservativ, sondern reaktionär

Zu dem von Stoltenberg vorgelegten NDR-Staatsvertragsentwurf

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag

Wenn es nach dem Willen des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg geht, wird es im Sommer nächsten Jahres einen neuen NDR-Staatsvertrag und 1981 einen neuen NDR geben. Geht es nach den Paragraphen des in dieser Woche von seiner Staatskanzlei vorgelegten Staatsvertragsentwurfes, so wird damit zumindest in Norddeutschland eine neue Epoche der Rundfunkgeschichte beginnen. Es ist vorherzusehen, daß es keine glanzvolle sein wird, sondern eine finstere. Nach Stoltenbergs Entwurf

- o ist das Sendemonopol durchbrochen, der NDR wird auf drei Hörfunk-Programme und zwei Fernsehprogramme eingefroren (vom dritten Fernsehprogramm ist keine Rede);
- o wird das Programm durch rechtsverbindliche Staatsvertragsklauseln, zusätzliche Richtlinien des Rundfunkrates, Programmausschüsse ("mindestens je einen für Hörfunk und Fernsehen...") sowie besondere Programmgrundsätze für die neuen Länderprogramme kontrolliert;
- o haben auch die Landesregierungen (beim NDR also drei) das "Recht, Gesetze, Verordnungen, amtliche Verlautbarungen oder andere im öffentlichen Interesse liegende wichtige Mitteilungen über den Rundfunk bekanntzugeben",
- o werden die Mitbestimmungsrechte innerhalb des NDR und die Rechte des Intendanten beschnitten,
- o werden die Gegendarstellungspflichten des Senders strenger definiert als im gültigen Landespressegesetz.

Allein diese Auswahl von durch die CDU vorgesehenen Änderungen macht deutlich, daß der Staatsvertragsentwurf zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Rund ein Viertel der insgesamt 45 Paragraphen beschäftigen sich mehr oder weniger mit der Regelung von Programmfragen (im gültigen Staatsvertrag einer von 26). Diese Bestrebungen rechtfertigen im nachhinein meine Behauptung, daß es der CDU lediglich um den Zugriff auf das Programm des Senders geht.

Wie dieses Programm nach den CDU-Vorstellungen auszusehen hat, ist ebenfalls im Staatsvertrag festgeschrieben. Es versteht sich dabei fast schon von selbst, daß "Ausgewogenheit" für jede Sendung gefordert wird. Wie dies zu geschehen hat, ist in Paragraphen 6

(Programmausgewogenheit), Absatz 1 definiert: "Bei kritisch-analytischen Sendungen ist die Auffassung des von der Kritik Betroffenen darzustellen. Dies soll - wenn möglich - dadurch geschehen, daß der Betroffene selbst zu Wort kommt." Keine Kritik an Stoltenberg also - ohne Stellungnahme von Stoltenberg. Im Zusammenhang gesehen mit dem neuen Verlautbarungsrecht der Landesregierung und der Parteien vor Wahlen bedeutet das nicht weniger Einfluß der Politik auf den Sender, sondern das Gegenteil.

Wer diesen Staatsvertragsentwurf als neues "Korsett" für den Norddeutschen Rundfunk bezeichnet, verniedlicht die Attacke der CDU auf den Sender. Es ist ein Strangulierungsversuch für den freien und unabhängigen Journalismus der öffentlich-rechtlichen Anstalt. Keine Zeitung, kein anderes Medium könnte unter diesem Geflecht von Programmrichtlinien lebendigen, kritischen Journalismus betreiben. Der NDR, bekommt Stoltenberg diesen Staatsvertrag, wird es auch nicht können. Das Ende kann nur Verlautbarungsjournalismus sein.

Das es sich bei dem Staatsvertragsentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung nicht um ein konservatives, sondern um ein geradezu reaktionäres Werk handelt, wird aus der Zielsetzung deutlich, die generell für alle Sendungen angegeben wird: "Die Programmausgewogenheit und die Förderung des inneren und äußeren Friedens erfordern, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit nicht überwiegend unter Konfliktgesichtspunkten darzustellen." Aus diesem Satz spricht nicht demokratisches, sondern obrigkeitstaatliches Denken. Dieses Denken mißverstehet den Journalismus als verlängerten Arm der Staatsmacht zur Erhaltung von "innerem und äußerem Frieden" nach dem Motto "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Die lebenswichtige Bedeutung des kritischen Journalismus bei der Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft kommt demgegenüber nicht in Betracht.

Der Staatsvertragsentwurf zerstreut schließlich nicht den Verdacht, daß man den NDR als Dreiländeranstalt zerschlagen will, sondern bestärkt auch diesen. Zu deutlich zeichnet sich ab, daß einzelne Bestimmungen weder für die SPD noch für starke gesellschaftliche Gruppen wie die Gewerkschaften annehmbar sind.

Der jetzt vorgelegte Entwurf für einen Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk bestärkt die schleswig-holsteinische SPD in ihrer Entscheidung, die Zukunft des NDR im Laufe des kommenden Landtags-Wahlkampfes mit zur Abstimmung zu stellen. Die Alternative zu den Funkvorstellungen Stoltenbergs ist der staatsferne, öffentlich-rechtliche Funk.

Nachtrag: Im Paragraphen 16, Absatz 2 des Entwurfs heißt es: "Der NDR hat auf Verlangen Namen und Anschrift des Intendanten und der sonstigen für die Programmgestaltung Verantwortlichen bekanntzugeben." Für den Staatsvertragsentwurf verantwortlich ist: Dr. Gerhard Stoltenberg, Düsternbrocker Weg 70, 23 Kiel 1...

(-/28.7.1978/h1/10)

Der furchtbare Jurist und sein furchtbarer Gehilfe

Filbingers Verteidigung wird immer fragwürdiger

Von Gert Weisskirchen MdB

Die Arroganz und die verächtliche Überheblichkeit, mit der Filbingers Büchsen-
spanner aus der Villa Reitzenstein die fortwährend neuen Erkenntnisse über
die Vergangenheit ihres Dienstherrn kommentieren, kennt offenbar keine mora-
lischen und politischen Grenzen mehr. Pressesprecher Gerhard Colls zynischer
Satz "Offiziere erteilen Befehle, Regierungsräte erteilen Baugenehmigungen,
Richter sprechen Urteile", wie im jüngsten "Spiegel" veröffentlicht, wäre
fortzusetzen: "Und Henker vollstrecken Todesurteile."

In Baden-Württemberg, wo Zehntausende von jungen Menschen beschnüffelt, auf
ihre verfassungsmäßige Lupenreinheit überprüft werden, können Leute mit diesem
Demokratie- und Rechtsverständnis bis ins Vorzimmer der Macht vorstoßen. Erin-
nerungen an Watergate werden wach.

Sicher ist es menschlich verständlich, daß der Stuttgarter Regierungssprecher von
Zukunftssorgen geplagt ist. Bei einem möglichen Ministerpräsidentenwechsel wäre
der Flirt mit der Macht vielleicht zunächst gestoppt. Daß Coll sich des äußersten
Zynismus bedient, macht deutlich, wie angeschlagen Filbinger und damit auch
seine Position ist. Ich hoffe im Interesse der demokratischen Tradition und
der politischen Kultur des Landes Baden-Württemberg, daß neben dem furchtbaren
Juristen, auch sein furchtbarer Gehilfe das Weite suchen wird.

(-/28.7.1978/vo-he/10)

+

+

+